

# Wer soll das bezahlen?

Der Gesundheitsminister will, dass deutlich mehr Menschen getestet werden. Das findet Zustimmung - auch in der Region. Doch wer trägt die Kosten? Die Kassen sehen den Staat am Zug.

VON SARAH-LENA GOMBERT,  
SANDRA KINKEL UND TERESA DAPP

**BERLIN** Bald sollen in Deutschland deutlich mehr Menschen als bisher auf das Coronavirus Sars-CoV-19 getestet werden. Konkret hat Bundesgesundheitsministerin Jens Spahn (CDU) angekündigt, präventive Tests in Krankenhäusern und Pflegeheimen zu ermöglichen. Auch symptomfreie Kontaktpersonen von Infizierten sollen demnächst Anspruch auf einen Test haben.

Die Städteregion Aachen begrüßt den Vorstoß des Bundesgesundheitsministers. „Wir hätten uns aber gewünscht, dass die Verordnung nicht nur rückwirkend ab dem 15. Mai gilt, sondern ab März“, sagt Michael Ziemons, Gesundheitsdezernent der Städteregion Aachen im Gespräch mit unserer Zeitung.

Gerade in der Region Aachen-Düren-Heinsberg habe man ja bereits sehr früh auf die Pandemie reagieren müssen – eben auch mit Tests. „Wir haben schon lange darauf gedrängt, dass es für dieses Thema eine bundeseinheitliche Lösung geben soll“, sagt Ziemons. Er selbst hat als sogenannter Einzelsachverständiger eine schriftliche Stellungnahme zum Thema für die öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses am 11. Juni beim Bundestag eingereicht.

Überhaupt keine Schwierigkeiten mit der Umsetzung des Vorhabens von Minister Spahn sieht man bei der Uniklinik in Aachen: „Wir machen bei uns im Haus seit einigen Wochen grundsätzlich bei allen stationären Patienten einen PCR-Test“, erklärt UKA-Sprecher Mathias Brandstädter. Mittlerweile habe die Klinik mehr als 1000 Tests gemacht und dabei zwei asymptomatische sowie zwei symptomatische Patienten detektieren können. „Insofern stehen wir dem Vorhaben sehr aufgeschlossen gegenüber und sind der Meinung, dass eine Ausweitung der Tests im Blick auf den Infektionsschutz sinnvoll ist.“ Zudem befinde sich das UKA in der glücklichen Lage, diese Tests direkt vor Ort im hauseigenen labordiagnostischen Zentrum und der Mikrobiologie selbst zeitnah durchführen zu können.

Auch für das Krankenhaus Düren stellt die Vorgabe von Jens Spahn keine Schwierigkeiten dar. Sprecher Christoph Lammertz erklärt: „Wenn präventive Reihentests Standard werden, dann setzen wir das natürlich um. Wir hoffen nur, dass dann anders als bisher auch die Refinanzierung der Tests geregelt ist.“ Probleme bei der Umsetzung der Tests



Mehr Tests: Vor allem in Krankenhäusern und Pflegeheimen sollen Menschen mehr als bisher auf das Coronavirus getestet werden. Dafür will Bundesgesundheitsminister Spahn schon bald sorgen.

FOTO: DPA

sieht Lammertz nicht. „Das ist eine weitere Untersuchung, in dem Fall ein Rachtentest, der unsere Patienten sich unterziehen müssen. Für uns ist das selbstverständlich realisierbar.“

Ähnlich bewerten auch die Experten des Kreises Düren den Vorstoß des Bundesgesundheitsministers. Es wäre auch im Interesse des Gesundheitsamtes des Kreises Düren, wenn in den entsprechenden Einrichtungen präventiv getestet werden könnte. Wünschenswert wäre allerdings auch die Regelung zur Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen“, so eine Sprecherin der Kreisverwaltung gegenüber unserer Zeitung.

In den vier Senioreneinrichtungen der Aachener Caritasdienste in Aachen und Alsdorf hat man bereits gute Erfahrungen mit den Reihentestungen durch die Teams des städteregionalen Gesundheitsamts

gemacht. „Das funktioniert gut, bindet allerdings zeitliche Ressourcen in den Einrichtungen und bei den Personen, die die Abstriche durch-

führen müssen. Die Testpersonen waren etwa einen halben Tag im Haus. Dieses Vorgehen kostet – volkswirtschaftlich betrachtet – natürlich auch Geld, was über Beiträge der Kassen oder Steuern durch die Allgemeinheit aufzubringen ist“, sagt Ralf Kaup, Geschäftsführer der Caritasdienste.

Die Krankenkassen sträuben sich allerdings gegen eine komplette Übernahme der Kosten für die geplante Ausweitung der Tests. „Im Rahmen der Pandemiebekämpfung die Tests auszuweiten, erscheint auf jeden Fall sinnvoll“, sagte der Sprecher des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) am Freitag. Als staatliche Aufgabe müssten Tests in diesem Rahmen

aber auch vom Staat finanziert werden. Das fordert auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi.

„Wir sind gesetzlich verpflichtet, in vielen Fällen die Reihentests zunächst zu finanzieren“, erklärte der GKV-Sprecher. Wie hoch die Gesamtkosten würden, hänge davon ab, wie ihre Zahl sich entwickle. „Bei 59 Euro Kosten pro Test liegt es auf der Hand, dass wir am Ende vermutlich von einer gewaltigen Summe reden werden“, sagte er. „Selbstverständlich werden wir bei den Finanzberatungen im Herbst darauf drängen, dass die gesetzliche Krankenversicherung diese Kosten aus dem Bundeshaushalt erstattet bekommt.“

Verdi sieht das ähnlich. „Die Kostenübernahme darf nicht den gesetzlich Versicherten aufgebürdet werden“, sagte ein Sprecher am Freitag. „Die Vorbeugung übertragbarer Krankheiten und die Verhinderung der Weiterverbreitung von Infektionen sind originäre Aufgabe des Staates. Deshalb sind solche Testungen als versicherungsfremde Leistungen durch Steuermittel zu finanzieren.“

**„Wir haben schon lange darauf gedrängt, dass es für dieses Thema eine bundeseinheitliche Lösung geben soll.“**

**Michael Ziemons,  
Gesundheitsdezernent der  
Städteregion Aachen**